



Postulat

19/23 betreffend weitere Sanierung des Emmer Finanzhaushaltes – zusätzliche Einnahmenquellen

I Ausgangslage

Erneut schliesst die Gemeinde Emmen positiv ab: 14.3 Mio besser als budgetiert, eine relativ hohe Abweichung von 5,8 %. Ich danke an dieser Stelle allen Involvierten aus der Verwaltung, den politischen Kommissionen, der konstruktiven aber auch kritischen Bevölkerung und im Besonderen der Direktion Finanzen für ihre Arbeit und dem Engagement. Zielgerichtet kann die Vision Emmen weiter umgesetzt werden. Wunschträume wird man aber in Zeiten eines Krieges (weitere, globale Auswirkungen können dabei nicht abgeschätzt werden), den weiteren Unsicherheiten in Bezug auf zusätzliche Flüchtlinge, den Kostensteigerungen bei verschiedenen Energieträgern und den Auswirkungen der Steuerreform 2025 (wie im Jahresbericht 2022 auch erwähnt) der Luzerner Regierung, wohl vergessen müssen. „Spare in der Zeit so hast du in der Not“ oder „Lebe mit dem was du hast“ wird in den nächsten Jahren weiterhin die Devise sein. Eine zukünftige und immer wieder proklamierte Steuererhöhung, in diesen Zeiten in denen es allen schlechter geht oder noch gehen wird, ist der falsche Ansatz. Mit einer Steuererhöhung würde man noch die letzten guten Steuerzahler vergraulen, denn einer der höchsten Steuerfüsse in der Agglomeration macht Emmen nicht wirklich zu einem Lieblingssort. Ein dauernd gefordertes, wirkungsvolles Controlling, die strikte Einhaltung einer Schuldenbremse und ein anhaltendes Globalbudget (wie vom Postulanten immer wieder gefordert) sind weiterhin die Gebote der Stunde. Die zukünftigen Ausrichtungen; „Emmen saniert den Finanzhaushalt“ und die „Fokusziele und Massnahmen“ tönen deshalb interessant und lassen weiter hoffen.

Analog dem Legislaturprogramm müssen gesunde Gemeindefinanzen und schlussendlich eine tieferer Steuerlast das Ziel sein. Als dadurch zunehmend attraktiver Steuerstandort werden Einnahmen realisiert - für dringend notwendige Ausgaben. Firmen und Betriebe analysieren – dies aus Erfahrung - laufend und ändern ihre Domizile leider sofort.

II Bemerkungen zur Rechnung und zum Jahresbericht 2022

1. Eine rollende Planung hätte eigentlich bewirken sollen, dass generell nicht solche Plus/Minus-„Sprünge“ bei den Rechnungen der letzten Jahre vorkommen, denn positive Rechnungen (im 2022 fast 11 Mio) zeigen gegenüber der Öffentlichkeit ein falsches Bild. Bedürfnisse respektive Beschaffungen sind also zukünftig soweit zu planen, dass sie innert kürzester Zeit ausgelöst werden könnten. Auch hätte man allen Angestellten einmal eine grössere Prämie (IST 2022: Fr. 200.00) auszahlen können, als immer nur über Lohnerhöhungen zu debattieren. 383 Angestellte à z. B. Fr. 1'000.00 = Fr. 383'000.00

2. Allen Steuerzahlern hätte man auch einmal einen Rabatt geben können. Ein kleines Dankeschön für die bezahlten Beträge, die ja in den letzten Jahren immer über dem Budget lagen. Andere Gemeinden machen es übrigens vor! z. B. 4 % Rabatt = ca. 3.2 Mio
3. Der R+GPK muss zukünftig ein noch grösseres Gewicht gegeben werden oder sie muss noch intensiver in die Finanzprozesse integriert werden. Die R+GPK erhält Hochrechnungen, Entwicklungsplanungen, erwartete Abweichungen, etc. in einem Controllingbericht der Gemeinde – solche „Sprünge“ dürfen wirklich nicht mehr vorkommen.

Mit nachfolgenden Punkten fordere ich den Gemeinderat auf, zusätzliche Einnahmequellen zu generieren respektive abklären zu lassen.

III Forderungen in Bezug auf zusätzliche Einnahmen – Entlastung der Gemeinde.

- Analog dem Postulat 07/22 fordere ich eine **intensivere Zusammenarbeit (eventuell gemeinsames Profit-Center) der Verpflegungsbereiche der Betagtenzentren AG und der von der Gemeinde subventionierten Betriebe des Le Théâtre (Restaurant Prélude) und der Stiftung akku**. Es geht dabei um gemeinsame Materialeinkäufe, den koordinierten Personaleinsatz, einem gemeinsamen Catering-Angebot und demzufolge der Abgrenzung zu weiteren Caterern auf Platz (z. B. Tavolago in der Viscosistadt)
- **Die Konzessionsgebühren (CKW, ewl) sind in Relation der angekündigten Strompreiserhöhungen anzupassen respektive zu erhöhen**. Kommt hinzu, dass ja die erwähnten Betriebe einen massiven Gewinn 2022 ausgewiesen haben.
- **Die vom Einwohnerrat 2022 „abgesegneten“ Wasserpreise für die Firma EMMI sind baldmöglichst neu auszuhandeln, generell und DRINGEND zu erhöhen**. Es kann nicht sein, dass EMMI auf Kosten der Gemeinde produziert und nicht einmal zu Steuereinnahmen beiträgt. Es sind Vergleiche zu ziehen mit:
 - RED BULL im St. Galler Rheintal
 - EMMI Ostermundigen
 - Weiteren, grösseren Wasserbezüglern

Zur Erinnerung: In Luzern kosten 1000 Liter Trinkwasser durchschnittlich Fr. 1.78 (Stand 2021)

- **Das dazumal sistierte Vorhaben zur Errichtung einer „Landhaus-Einfamilienhauszone“ (für gute Steuerzahler) im Ober-Wolfisbühl aus dem Jahre 2006 ist wieder aufzunehmen. Auch die Entwicklung des Gebietes „Rosenau“ ist neu zu überdenken.** Das Bedürfnis „Landhauszone“ wäre damals bereits vorhanden gewesen und wenn man schaut, wie schnell eingezonte „Einfamilienhaus Parzellen“ verkauft respektive überbaut werden (z. B. Rothenburg) ist es immer noch vorhanden. Eine Steigerung der relativen Steuerkraft kann dadurch umgesetzt werden.
- Die zusätzliche Energiegewinnung aus dem Grundwasser (Wasser-Wärmepumpen) ist baldmöglichst umzusetzen. Analog dem „Wasserverkauf“ sind Gewinne einzufahren.
- Es ist ein - **für den reinen Durchgangsverkehr** - ein Road- respektive Mobility Pricing-System (als Beispiele: Durchfahrten in der Gerliswil-, Seetal-, und Rüeggisingerstrasse) einzuführen. *Neben anderen Städten/Gemeinden in Europa die dies bereits (seit längerer Zeit) eingeführt haben, machte mir das System in Oslo am meisten Eindruck.*

Dies in Zusammenarbeit mit Bund und Kanton.

UVEK - Stand März 2023: In der Schweiz werden derzeit mehrere Pilotprojekte für City-Mautsysteme geprüft. Das UVEK hat fünf Projekte für die Durchführung von Machbarkeitsstudien ausgewählt. Die Idee des Mobility Pricing ist, auf die Nachfrage und nicht auf das Angebot einzuwirken. Das Ziel ist also, den MIV zu begrenzen, indem es weniger attraktiv ist, mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren und die Leute stattdessen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

- Der Kostendeckungsgrad (Selbstfinanzierung) aller E-Buslinien ist DRINGEND zu erhöhen. SOLL = Mindestens 70 % (IST z. Z. > 40 %).

(Eigentliche) Vorschriften des Bundes: „Wird der minimale Kostendeckungsgrad auf einer Linie nicht erreicht, so sind Massnahmen festzulegen, welche vom Transportunternehmen umgesetzt werden müssen, damit der Kostendeckungsgrad wieder erreicht werden kann. Massnahmen können beispielsweise sein: Einsatz kleinerer Fahrzeuge, um kostengünstiger zu fahren oder die Anpassung der Angebote“.

- Die Projekte „Gersag Le Théâtre“, „Verwaltungsgebäude Gersag“ und die Freizeitanlagen „Bäder Mooshüsli“ sind in ein PPP **Public-private-Partnership auszulagern**. Auf gut Deutsch: in eine **öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)**.

Das ist eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und einem Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel ist auch die Arbeitsteilung, wobei der private Partner die Verantwortung zur effizienten Erstellung der Leistung (mit Leistungsvertrag) übernimmt, während die öffentliche Hand dafür Sorge

trägt, dass gemeinwohlorientierte Ziele beachtet werden. Ich erwarte von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung des angespannten öffentlichen Haushaltes, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achtet. PPP ist in der Regel einem Miet- oder Pachtvertragsverhältnis ähnlich.

- Die umfangreiche und tolle Kunstsammlung der Gemeinde Emmen ist vermehrt an Ausstellungen etc. auszumieten, auszuleihen und der interessierten Bevölkerung zugänglich zu machen. Zusätzliche Einnahmen sind dadurch zu generieren.

- Die vermehrten Zentrumslasten (ARA, Öko-Hof/REAL, Grundwasser, Nationalstrasse, Sozialgemeinde, etc.) sind DRINGEND neu berechnen zu lassen, respektive REGELMÄSSIG überprüfen zu lassen.

- Absenzen von Mitarbeitenden kosten, lösen Mehrarbeit respektive Mehrbelastungen bei den Arbeitskolleginnen und -Kollegen aus. Die Absenzen infolge Krankheit (2022 11.08 Tage/VZE) sind um mehr als das Doppelte höher als der Schweizerische Durchschnitt. Die Situation ist DRINGEND zu untersuchen.

Emmenbrücke, 3. Mai 2023

UNABHÄNGIG FÜR EMMEN

Paul Jäger